

PI-RAT



Politische Informationen des FachschaftsRats Erziehungswissenschaft - No 14 06/19



| | |
|---|-------|
| Editorial | S. 2 |
| 100 Jahre Universität Hamburg | S. 3 |
| Der demokratische Aufbruch an der Uni Hamburg: 1919,1968 – und was ist mit heute? | |
| Ein Zwischenbericht zum Projektstudium in der Erziehungswissenschaft | S. 4 |
| Wem gehört die Uni? Zur Sanierung des Philosophenturms und der öffentlich- öffentlichen-Partnerschaft der Stadt Hamburg mit der Sprinkenhof GmbH | S. 6 |
| Zum Start der Volksinitiative: Schuldenbremse streichen! - Soziale Wohlfahrt, jetzt: demokratisch, zivil, für Alle | S. 9 |
| Warum Schuldenbremse und Austeritätspolitik überwunden gehören (Stellungnahme des Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS) Hamburg) | S. 11 |
| Zur Reform der Orientierungseinheit | S. 13 |
| Siemens, nicht Siemens! | S. 14 |

Editorial

Liebe Kommiliton*innen,

in euren Händen haltet ihr die neueste Ausgabe des "PI-RAT", der Zeitschrift des Fachschaftsrats (FSR) Erziehungswissenschaft.

Der FSR ist die gewählte Interessenvertretung von Studierenden für Studierende. Wir sind eine erste Anlaufstelle, wenn Ihr Schwierigkeiten im Studium habt und/oder Euch organisieren wollt. Der FSR schafft für alle Studierenden die Gelegenheit, Informationen auszutauschen sowie gemeinsam auf Fachbereichsebene und darüber hinaus aktiv zu werden. Wir haben eine offene Tür für alle Interessierten und laden euch herzlich dazu ein, mitzumachen oder in einer Sprechstunde vorbeizukommen, wenn ihr Unterstützung braucht.

Die Uni ist ein lebendiger Ort. Stets gibt es Auseinandersetzungen um die Rolle von Bildung und Wissenschaft in der Gesellschaft und dementsprechend um die Entwicklung der Hochschulen. Eine erkämpfte Errungenschaft ist, dass die Mitglieder der Hochschulen in verschiedenen Gremien wesentliche Entscheidungen über die Gestaltung ihrer Einrichtung selbst treffen können.

Im Rahmen der Studienreform ist es unser Anliegen Studienbedingungen zu schaffen, die ein emanzipatorisches Studium für alle ermöglichen. Dafür arbeiten wir u.a. im FALSS (Fakultätsausschuss für Studium, Lehre und Studienreform) an einer Reform des Prüfungswesens, so dass die Prüfungslast gesenkt und künftig stärker Lehrinhalte und Rückmeldepraxis im Mittelpunkt stehen. Auf einem fakultätsweiten Dies Academicus am 06.11.2019 wollen wir u.a. das erarbeitete Konzept der „Prüfunginseln“ gemeinsam diskutieren und weiterentwickeln.

Außerdem sind wir als FSR Teil der Kampagne „International solidarisch: Schluss mit Austerität“. Am 30. April haben wir die Volksinitiative „Schuldenbremse streichen!“ gestartet, die auf einen Volksentscheid zur Streichung der sogenannten Schuldenbremse aus der Hamburgischen Verfassung orientiert.

Die „Schuldenbremse“ schränkt die demokratische Verfügung über den Haushalt ein, indem sie

die Orientierung an der „schwarzen Null“ erzwingt und so dringend notwendige Investitionen in u.a. Bildung, Kultur, Soziales und eine humane Gesundheitsversorgung verunmöglicht. Dementgegen setzen wir uns für eine Orientierung an den realen Bedürfnissen und Bedarfen der Menschen ein.

Ausfinanzierte Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen ermöglichen emanzipatorische Bildung für alle (statt Selektion durch den Numerus Clausus) und kritische Wissenschaft im Dienste des Menschen (statt für die Vermehrung von Profiten). So kann die Universität ihrer Aufgabe, wie sie im universitären Leitbild gefasst ist, gerecht werden, nämlich „zur Entwicklung einer humanen, demokratischen und gerechten Gesellschaft beizutragen“.

Wir möchten euch dazu ermuntern, an den politischen Auseinandersetzungen an der Uni und in der Stadt mitzuwirken.

Wir treffen uns jeden Mittwoch um 17 Uhr im FSR-Büro (Raum 035a, ganz hinten im Erdgeschoss von VMP8) zu unserer öffentlichen Sitzung. Kommt gerne dazu und beteiligt Euch!

Schreibt uns auch gerne eine E-Mail an fsr-erzwiss@gmx.de, folgt uns auf Facebook (FSR Erzwiss UHH) oder guckt mal auf unsere Homepage: www.fsr-erzwiss.de.

Eine spannende Lektüre wünscht,
Euer FSR Erziehungswissenschaft

Impressum:

PI-Rat 14 | 06/2019. Auflage: 200
Redaktion: FSR Erziehungswissenschaft.
V.i.S.d.P.: FSR ErzWiss,
VMP 8, 20146 HH www.fsr-erzwiss.de

Die progressive Gründungsgeschichte der Universität Hamburg

Zum 100-jährigen Jubiläum

Am 28. März 1919 wird die Hamburgische Universität als erste demokratische Universität Deutschlands gegründet. Die Universität ist Teil des gesellschaftlichen Aufbruchs durch die Revolution von 1918/1919, welcher sich gegen die deutsche Militarisierung und den Krieg richtet. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr belasten Verknappung und Verteuerung der Lebensmittel all jene, die über kein hohes Einkommen verfügen und führt zu wachsender Verelendung. Dies wird seit den Hungerunruhen im Winter 1916 zunehmend kämpferisch beantwortet, die Forderung nach Frieden, sozialen Fortschritt und Demokratie wird mit Protesten, Streiks und Demonstrationen zum Ausdruck gebracht, an denen sich immer mehr Menschen gegen repressive Maßnahmen wie Kürzung der Kriegssteuerzulagen oder Androhung von hohen Gefängnis- und Zuchthausstrafen beteiligen.

Im November 1918 erreicht die Revolution Hamburg: ein Arbeiter- und Soldatenrat wird eingesetzt, der Bürgerschaft und Senat absetzt. Weil die Stadt laut führenden Wirtschaftsvertretern so jedoch nicht mehr kreditfähig sei, werden am 18. November Senat und Bürgerschaft wiedereingesetzt. Gleichzeitig werden jedoch Neuwahlen zur Bürgerschaft angekündigt, die zum ersten Mal nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht abgehalten werden.

Mitten in der Zeit von Hungerrevolten und heftigen politischen Kämpfen wird die Gründung der Universität in der erstmals nicht nach Klassenwahlrecht neugewählten Bürgerschaft beschlossen. Im Sinne der Revolutionsambition soll die Uni Hamburg eine Hochschule von allen für alle sein, die zu Frieden und Völkerverständigung in der ganzen Welt beiträgt.

So bringt Emil Krause (SPD) in der Diskussion des Antrages zur Gründung einer Hamburgischen Universität in der ersten demokratisch gewählten Bürgerschaft den demokratischen Bildungsanspruch zum Ausdruck: *[Die Universität soll] „allen Gliedern des Volkes die Möglichkeit [geben], diejenigen Geistesfähigkeiten zu erwerben, die sie für wünschenswert halten“*. Zu dessen Umsetzung werden neben der Universität eine Volkshochschule und neben der Volksschule „volkstümliche Vorlesungskurse“ einge-

richtet. In diesem Sinne ist auch die in der Bürgerschaft Ende 1926 beschlossene Integration der Volksschullehrerausbildung in die Universität erkämpfte Errungenschaft. Zentral sind für Emil Krause freie Zulassungsbedingungen: Krause hatte die Gründung einer Universität als Bürgerschaftsmitglied noch 1912/13 aus Gründen des nicht für alle ermöglichten Zugangs zur Universität abgelehnt. Auf Grundlage der durch die Revolution erkämpften Einheitsschule als notwendigen Unterbau für die akademische Bildung spricht er sich für die Errichtung einer Universität aus.

Bildung als Grundlage demokratischer Mitbestimmung aller und Wissenschaft im Dienste des Menschen wird dabei eine große Bedeutung bei der Durchsetzung menschenwürdiger Verhältnisse beigemessen: *„Wir müssen davon abkommen, daß wir hochmütig auf das Ausland herabsehen, denn wir haben doch kennen gelernt, daß das Ausland nicht so tief unter uns steht, wie uns die alldeutschen Oberlehrer immer erzählt haben. (...) Wir müssen alles, aber auch alles zusammenraffen, um uns Achtung und Sympathie im Auslande zu verschaffen, meine Damen und Herren, und ich denke, dazu soll uns eine gute freie Hamburger Hochschule dienen und helfen, eine Hochschule, die eine Organisation bekommt von freier Verfassung. Frei soll die Lehre sein und frei das Lernen, würdig dem freien Staat Hamburg.“* (Emil Krause).

Heute, in Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit, zerstörerischer Konflikte und Klimakrise ist ein Anknüpfen an unsere progressiven Wurzeln von hoher Bedeutung. Ebenso wie die Revolution ist auch die Ambition für Wissenschaft und Bildung nicht vollumfänglich realisiert: Mit der Forschung zur Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGS) tragen Wissenschaftler*innen aller Fachbereiche heute zur Entwicklung menschenwürdiger Verhältnisse bei und wirken im Sinne des Gründungsimpetus. Davon zeugt u. a. auch das universitäre Leitbild: *„Die Mitglieder der Universität wollen die universitären Aufgaben in der Verbindung von Forschung und Lehre, Bildung und Ausbildung in wissenschaftlicher Unabhängigkeit erfüllen. Sie wollen zur Entwicklung einer humanen, demokratischen und gerechten Gesellschaft beitragen und Frauen und*

Männern gleichen Zugang zu Bildung und Wissenschaft eröffnen.“ Dagegen soll die künstlich hergestellte, chronische Unterfinanzierung der Universität eine einschränkende Funktion einnehmen: Sie ist Ursache von Studienplatzmangel und daraus resultierenden restriktiven Zulassungsbeschränkungen und soll im Sinne der Standortlogik unmittelbar

verwertbare und mainstreamkonforme Ergebnisse produzieren. Als Verfasste Studierendenschaft kämpfen wir für eine bedarfsgerechte Finanzierung als notwendige Grundlage von Bildung eingreifender Subjekte und gesellschaftlich verantwortlicher Wissenschaft. So kann die Gründungsambition endlich realisiert werden.

Zur Feier des 100-jährigen Universitätsjubiläums am 28. März 2019 haben die Hochschulgruppen CampusGrün, harte zeiten, Liste Links und SDS* eine **Szenische Lesung zur Gründungsgeschichte der Universität** auf dem Rathausmarkt öffentlich vorgetragen. Das Skript der Lesung und die Quellen sind hier zu finden: www.sds-uhh.de/?p=2367
Eine Aufnahme der szenischen Lesung kann online angehört werden: <https://t1p.de/h625>

Der demokratische Aufbruch an der Uni Hamburg: 1919, 1968 – Und was ist mit heute?

Ein Zwischenbericht zum Projektstudium in der Erziehungswissenschaft

In diesem Jahr feiern wir das 100-jährige Bestehen der Uni Hamburg – dabei lohnt ein Blick in ihre Entstehungsgeschichte (vgl. Artikel in diesem Heft „100 Jahre Universität Hamburg“).

Die Gründung der Universität als Reformuniversität ist eine Errungenschaft der Novemberrevolution. Deutlich wird das u.a. an der Position der SPD, die noch 1912 gegen die Gründung einer Universität sprach, da sie in einem Klassenschulsystem nur die krönende Spitze und damit eine elitäre Einrichtung darstellen würde, an die es die proletarische

Mit „1968“ und der Studierendenbewegung ist – 50 Jahre nach Gründung der Universität – ein demokratischer Aufbruch verbunden gewesen, der an diesen progressiven Gründungsimpetus anknüpft mit dem Ziel die „Uni von allen für alle“ zu verwirklichen – mit weiten gesellschaftlichen Auswirkungen.

Ein Ergebnis dieses Aufbruchs ist das am 25. April 1969 verabschiedete Universitätsgesetz, mit dem eine grundlegende Reform der Verfassung der Universität (Ausbau der akademischen Selbstverwal-



Interview mit Peter Fischer-Appelt (Präsident der Uni Hamburg von 1970-1991) im Mai 2019

Jugend niemals schaffen würde. Mit dem Beschluss zur Einführung der Einheitsschule änderte sich dies und sie konnte als eine „Uni von allen für alle“ ins Leben gerufen werden.

tung, Mitbestimmung aller Universitätsmitglieder auf den drei Ebenen Konzil und Senat, Fachbereichsräte, Institutsräte) vorgenommen wurde.

Der Aufbruch hat sich jedoch nicht nur auf die Universität beschränkt. Vielmehr begann die Auseinandersetzung mit den Ursachen des Faschismus, das Verständnis erwachte, gesellschaftlich Einflussmöglichkeiten zu haben und handlungsfähig zu sein für Verbesserungen weltweit – so z.B. für die Beendigung des von den USA geführten Vietnamkriegs. Auch kulturell ging es um Befreiung und ein Aufräumen mit der Spießerkultur der „Wirtschaftswunderzeit“ der 50er Jahre.

Im Bildungs- und Erziehungsbereich ging es um die demokratische Überwindung sozialer Ungleichheit und Bildung für alle (Heimkampagne, Jugendzentrumsbewegung, Reformdebatte des Jugendhilferechts, Gründung von Arbeitskreisen Kritische Soziale Arbeit, Politisierung des Sozialpädagogischen Zusatzstudiums an der Uni Hamburg). Dass es zu dieser – noch heute nachwirkenden – Entwicklung kommen konnte, geht maßgeblich auf das konfliktfähige Engagement einer „kritischen Masse“ in den genannten Themen/Bereichen zurück.

Der Film als Diskurs

Im Wintersemester 2018/19 haben wir im Bereich „Fachüberschreitendes Studium“ (FÜS) ein dreisemestriges Projektstudium mit dem Titel „Die Revolte von 1968/69 an der Uni Hamburg - Kontinuitäten, Konsequenzen und Schlussfolgerungen für heute“ gestartet.



Zentrales Ziel des Projekt-Seminars ist die Produktion eines Films, der die verschiedenen Konfliktfelder „1968“ thematisiert und in dem wir vor allem die Frage klären wollen, welche Motivationen für die KommilitonInnen damals handlungsleitend waren, etwas (politisch) ganz anders zu machen als vorher und sich in die Konflikte hineinzubegeben. „1968“ war die Universität das Labor für die demokratische Transformation der Gesellschaft – welche

Bedeutung hat und welche Rolle spielt sie (und damit wir als Mitglieder der Uni) heute? Welche Bedeutung hat die heftige Reaktion auf „1968“ insbesondere in den 90er Jahren? Brauchen wir heute ein neues „1968“? Der Film soll unseren Diskurs im Seminar und mit den Interviewpartner:innen abbilden und Antworten auf die genannten Fragen geben.

Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen haben wir uns in Arbeitsgruppen aufgeteilt, die verschiedenen Schwerpunkten nachgehen, wie „Demokratisierung“, „Antifaschismus“, „Bildung und Erziehung“, „Krieg und Frieden“ und „Geschlechterverhältnisse“. Aktuell führen wir Interviews mit Personen, die damals aktiv und involviert waren. So haben wir bisher Interviews geführt mit Vertretern des ehemaligen Hamburger SDS, mit Dierk Becker vom AK Film und Fernsehen, die das Audimax mit subversiven Filmen und Debatten auch für den Stadtteil und die Stadt lebendig machten und mit Peter Fischer-Appelt, dem ersten demokratisch gewählten Unipräsidenten (1970 – 1991), der zu dem Zeitpunkt noch kein Professor war (!).

Gezeigt hat sich bisher, dass die besondere Qualität Hamburgs – im Vergleich zu den anderen großen 68-involvierten Städten – die Bündnisorientierung war. Hier wurde großen Wert daraufgelegt, mit der SchülerInnen- und der Lehrlingsbewegung

zusammenzuarbeiten. In dem Gespräch mit einem Vertreter des alten SDS wurde außerdem deutlich, dass es immer auch den Anderen bzw. das solidarische Miteinander braucht, um den „langen Atem“ und die Motivation für die politischen Auseinandersetzungen zu haben.

Im kommenden Wintersemester soll der Film fertig sein: Als Film von Studierenden für Studierende. Wir hoffen, Euch bei der Premiere begrüßen und mit Euch diskutieren zu können.

Wem gehört die Uni?

Zur Sanierung des Philosophenturms und der öffentlich-öffentlichen-Partnerschaft der Stadt Hamburg mit der Sprinkenhof GmbH

Was passiert eigentlich mit dem Philosophenturm?

Der Philosophenturm soll grundsaniert werden¹ und im Sommer 2021 wieder nutzbar sein². Die Abrissarbeiten im Inneren des Gebäudes haben nun Ende März begonnen. Der Sanierungsbeginn hat sich aufgrund von Verhandlungen mit der Sprinkenhof

GmbH und anderen Stellen und durch die Ausweitung des geplanten Sanierungsumfangs einige Zeit verzögert. Schon seit Ende Juli 2017 steht das Gebäude leer und die Fachbereiche (Philosophie, Geschichte sowie Sprach- und Literaturwissenschaften) befinden sich am Überseering in der City Nord. Die Einschätzung der Baukosten ist von 58 Millionen Euro auf 84

Millionen Euro gestiegen³. Laut Hamburger Senat soll dies der Maximalpreis sein, doch vielleicht sollte vorsichtigerweise auf Erfahrungen

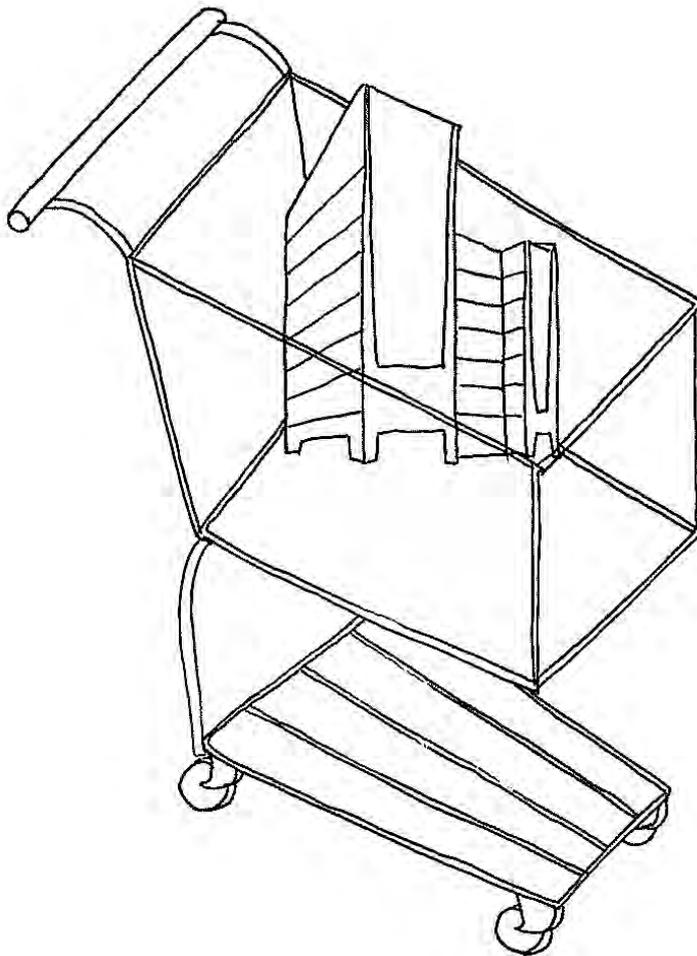
von anderen halb-öffentlichen Großbauprojekten in Hamburg verwiesen werden.

Die Sanierungsmaßnahmen sind einerseits wichtige Modernisierungen, um sicherheits-, schall- und brandschutztechnische Bedingungen zu erfüllen und andererseits sollen auch verschiedene Bestandteile umgestaltet und erweitert werden.

So sollen beispielsweise die Mensa modernisiert, die Fachbibliotheken zusammengelegt werden und im Innenhof soll ein neuer Kubus mit Nutzflächen für gemeinsamen Austausch oder zur kulturellen Nutzung entstehen⁴.

Wir teilen die Kritik vieler Mitglieder der Universität, dass die Zusammenlegung der Bibliotheken und die Zentralisierung von Studienbüros und die Verlagerung von Freiräumen, um mehr „Effizienz“ zu erreichen, problematisch ist. Alle Bestandteile, die zu einem Fachbereich dazugehören, wie Seminarräume, Fachbibliotheken,

Studienbüros, Büros von Lehrenden und Mitarbeiter*Innen, studentische Cafés und Frei-



¹ <https://www.mopo.de/hamburg/philosophenturm-sanierung-des-grauen-uni-riesens-hat-begonnen-32291808>, 03.04.19

² <https://www.abendblatt.de/hamburg/article216777059/Offizieller-Startschuss-fuer-Bauarbeiten-am-Philosophenturm.html>, 03.04.19

³ ebd.

⁴ <https://www.uni-hamburg.de/philturm-umzug.html>, 03.04.19

räume waren bisher im Philturm auf jeweils einem (Fach-)Stockwerk zusammen angesiedelt, wodurch eine gewisse egalitäre Kultur in den jeweiligen Disziplinen möglich war. Auch eine gute und fachspezifische Beziehung zu den Beschäftigten, z.B. in den Bibliotheken, war durch die Zugehörigkeit zu den Stockwerken möglich.

Die Entwicklung der Hochschulräumlichkeiten sollte in diesem Sinne gestaltet werden, so dass eine gemeinsame und auch streitbare Wissenskultur gefördert wird, in der progressive Bestrebungen entwickelt und gegen reaktionären Positionen und Interessen durchgesetzt werden können. Die geisteswissenschaftlichen Fachbereiche und der Philturm nehmen dabei z.B. durch die Förderung des historischen Bewusstseins und der internationalen Verständigung eine wichtige Stellung ein. Auch unter den Gesichtspunkten interdisziplinärer Lehre und Forschung ist die gute fachliche und kulturelle Verfassung der einzelnen Disziplinen bedeutsam.

Für Modernisierungen und weitere Entwicklungen sollte unter diesen Gesichtspunkten die Zusammenarbeit mit den Betroffenen, also Studierenden und Beschäftigten ausgeweitet werden.

„Sprinkenhof GmbH“ als neue Vermieterin

Bei der Sanierung des Philosophenturms setzt die Stadt Hamburg auf das Modell der „Public-Public Partnership“ (PPP) oder eingedeutscht „öffentlich-öffentliche Partnerschaft“ (ÖPP). Dazu ist der Philosophenturm aus dem Eigentum der Stadt Hamburg auf Beschluss der Bürgerschaft für die Sanierung in das Eigentum der „Sprinkenhof GmbH“ übergegangen, einer gewinnorientierten Tochtergesellschaft der Stadt, die das Gebäude nach der Sanierung an die Universität vermieten soll. Das sogenannte „Vermieter-Mieter-Modell“. Die Sanierungskosten können so vom Kernhaushalt zur Tochtergesellschaft verlagert werden, um auf dem Markt für

die Finanzierung Kredite erhalten zu können und die Schuldenbremse einzuhalten.

Der Wirtschaftswissenschaftler Heinz-Josef Bontrup bringt die Absurdität der damit verbundenen Politik, die auch in der Stadt Berlin verfolgt wird, gut auf den Punkt:

„Insofern ist die Schuldenbremse momentan doppelt schlimm: einerseits, weil sie überhaupt besteht beziehungsweise eingeführt wurde, andererseits, weil sie von der Politik verfassungswidrig fleißig umgangen und das Umgehen in Zukunft noch massiv zunehmen wird. Anstatt einfach die Schuldenbremse abzuschaffen und einen wirtschaftspolitischen Fehler einzugestehen, begeht selbst der amtierende rot-rot-grüne Senat in Berlin mit der geplanten Gründung einer Schulsanierungs-GmbH Verfassungsbruch“⁵.

Die Vorgänge an der Uni erfolgen im Sinne einer allgemeinen neuen Immobilienstrategie. Dazu heißt es in einem Arbeitsprogramm des Senates von 2015:

„Viele öffentlich genutzte Gebäude sind in einem schlechten Zustand. Zusätzlich zum schrittweisen Abbau des Sanierungsstaus werden wir auf allen Ebenen ein professionelles Bau- und Gebäudemanagement etablieren, das eine effiziente Immobiliennutzung ebenso gewährleistet wie eine weitsichtig wirtschaftliche Immobilienbewirtschaftung“⁶.

Der Senat beschreibt selbst, dass der Auslöser für die Umstrukturierung der fatale Sanierungsstau ist. Für dieses Resultat jahrelanger neoliberaler Kürzungs- und Sparpolitik soll nun diese marktorientierte Strategie die vermeintlich beste Lösung sein.

Damit stellt sich auch die Frage, welche Folgen sich (durch die Vermarktlichung) an der Uni für die Nutzung ergeben. Die Aufgaben der Gebäudewartung und größtenteils der Haustechnik und Pförtner sind schon länger an externe Firmen ausgelagert worden.

⁵ www.ossietzky.net/23-2017&textfile=4164, 03.04.19

⁶ Drucksache 20/14486 - Hamburger Senat an die Bürgerschaft vom 27.01.15 (<http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/47949/>.pdf)

Dabei werden die Mitarbeiter*Innen für die verschiedensten Objekte „eingesetzt“. Folgen sind dadurch beispielsweise, dass die Verbindung zu den Fakultäten abnimmt und die Gebäude und vor allem die Nutzungsgewohnheiten nicht so bekannt sind.

Die Betonung der „Ersetzbarkeit“, die Vereinzelung und der Flexibilitätsdruck tragen u.a. erheblich zu entfremdeten Verhältnissen bei. Dabei ist gerade die Identifikation mit dem Arbeitsort und einer gemeinsamen Kultur wichtig für eine gesunde Arbeit.

Für eine demokratische Planung

Wir wollen uns mit dem Thema intensiv beschäftigen und gemeinsam für eine Entwicklung im Sinne einer demokratischen und transparenten Planung der Gestaltung der Räumlichkeiten und einem (Selbst-)Verfügungsrecht einsetzen. Wer sollte denn besser über die Bedürfnisse für die Gestaltung der Räumlichkeiten Bescheid wissen, als die Studierenden, Lehrenden, Beschäftigten und sonstigen Personen, die das universitäre Leben ausmachen? Sollte die Gebäudeentwicklung nicht deshalb von ihnen (mit-)gestaltet werden?

Da die Räumlichkeiten und die damit verbundenen Nutzungsmöglichkeiten die universitäre Kultur stark beeinflussen, wollen wir uns dafür einsetzen, dass sie förderlich für weitsichtige und nachhaltige wissenschaftliche und politische Auseinandersetzungen in Hinblick auf eine menschenwürdigere Einrichtung der gesellschaftlichen Verhältnisse sind. So sollten z.B. Räume für hochschulpolitische und kulturelle studentisch verwaltete Projekte zur Verfügung stehen.

Unserer Vorstellung nach sollte es sich bei den Räumen der Universität um einen nicht-kommerziellen offenen Raum handeln.

Demgegenüber stellt sich die Frage, ob die angestrebten Umstrukturierungen dazu führen, dass die kommerzielle Nutzung der Räumlichkeit noch verstärkt werden wird. Schon jetzt finden viele Marketing- und Firmen-Veranstaltungen in Räumlichkeiten der Uni statt.

Die Bedenken scheinen dabei nicht aus der Luft gegriffen zu sein. Auch bei verschiedenen Hamburger Schulen, die von der Tochtergesellschaft „SBH Schulbau Hamburg“ an den Senat vermietet werden, zeigt sich eine hohe Zahl an Vermietungen zur Finanzierung der Kreditzinsen: „2016 gab es in 43 Schulen Mietverträge mit Drittnutzern“⁷.

Der universitäre Raum stellt logischerweise eine unverzichtbare und nicht verhandelbare Grundlage für ein universitäres Leben dar und sollte an keine anderen „Partner“ übertragen werden, sondern in der Verfügung der Universität bleiben.

Der Sanierungsstau wurde durch die neoliberale Spar- und Kürzungspolitik verschärft durch die Schuldenbremse bewirkt. Sie befördert die Einführungen von ÖÖPs, ÖPPs und die Privatisierung von öffentlichen Aufgaben und damit Prozesse der Entdemokratisierung. Deshalb muss diese Wirtschaftspolitik endlich beendet werden. An der Uni ist dazu die Kampagne „International Solidarisch - Schluss mit Austerität“ entstanden, die wir als Fachschaftsrat unterstützen. Wir kämpfen für eine Ausfinanzierung der Universität, erhebliche staatliche Investitionen und Ausgaben für öffentliche Aufgaben wie Soziales, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Infrastruktur.

Kommt dazu und beteiligt euch!

⁷ www.gemeingut.org/oeoep-schulbau-hamburg-kleiner-teurer-intransparent/, 03.04.19

Zum Start der Volksinitiative: Schuldenbremse streichen! - Soziale Wohlfühlentwicklung, jetzt: demokratisch, zivil, für Alle

Im Folgenden dokumentieren wir die Kurz-Info zur Volksinitiative „Schuldenbremse streichen!“, die am 30. April aus der Kampagne „International solidarisch – Schluss mit Austerität“ hervorgegangen ist. Mit der Initiative wird auf eine Überwindung des schädlichen Dogmas der „Schwarzen Null“ und verbesserte Grundlagen für Bildungs-, Kultur-, Gesundheits- und Soziale Einrichtungen gezielt. Weitere Informationen findet ihr bei uns im Fachschaftsrat und auf der Homepage der Kampagne www.schluss-mit-austeritaet.de.

Die Volksinitiative „Schuldenbremse streichen!“ verfolgt das Ziel, die Regelungen zur „Schuldenbremse“ durch einen Volksentscheid aus der Hamburger Verfassung wieder zu streichen. Damit wollen wir aus Hamburg dazu beitragen, dass sie auch aus dem Grundgesetz und den europäischen Verträgen wieder gestrichen wird.

Warum wollen wir die „Schuldenbremse“ streichen?

Ein erheblich besseres, sozial gesichertes und kulturell erfreuliches Leben für Alle ist längst möglich. Denn der gesellschaftliche Reichtum, den wir tagtäglich mit unser Aller Arbeit schaffen, ist groß genug und wächst stetig. Die Schuldenbremse sorgt jedoch dafür, dass er nicht dort landet, wo er Allen nützt, sondern bei wenigen ohnehin schon Superreichen und vor allem bei den Banken. Stattdessen braucht es dringend höhere Löhne, mehr Mitbestimmung, sinnvolle und würdige Arbeitsplätze, mehr Personal und massive staatliche Investitionen in öffentliche Bildungs-, Kultur-, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, soziale Mindestsicherungen, bezahlbaren Wohnraum und Mobilität für Alle, eine nachhaltige Energiewende und öffentliche Infrastruktur.

Was ist die „Schuldenbremse“?

Die sogenannte Schuldenbremse schränkt die Investitionstätigkeit des Staates (Bund, Länder und Kommunen) massiv ein. Sie verbietet dem Staat, bedarfsorientiert für sinnvolle Ausgaben Kredite aufzunehmen und verpflichtet ihn dazu, jegliche



Einnahmen zuallererst in die Tilgung von Altschulden, also die Bedienung der Banken zu stecken. Sie wurde 2009 in den europäischen Fiskalpakt und das deutsche Grundgesetz eingeführt, und 2012 auch in die Hamburgische Verfassung. Damit sollte sichergestellt werden, dass die Öffentlichkeit für die Rettung der Banken aus ihrer selbst verschuldeten Krise zahlt. Ihre volkswirtschaftliche Unsinnigkeit ist wissenschaftlich hinlänglich erwiesen. International wird Deutschland für das Festhalten an dieser zukunftsblinden Politik scharf kritisiert.

In Hamburg gilt sie faktisch seit 2013. Seither durften die Budgets sämtlicher öffentlich finanzierter Einrichtungen jährlich um nicht mehr als 0,88 % wachsen – bei Inflation und Tarifsteigerungen von ca. 2,5% eine ständige Verschärfung der Unterfinanzierung.

Wie funktioniert der Volksentscheid?

Damit der Volksentscheid erfolgreich ist, muss er 3 Stufen nehmen. Für das Gelingen der nun gestarteten 1. Phase (Volksinitiative) sind bis Ende Oktober 10.000 Unterschriften nötig. Die 2. Phase (Volksbegehren) folgt voraussichtlich im Juni 2020 und ist erfolgreich, wenn innerhalb von 3 Wochen ca. 65.000 Hamburgerinnen und Hamburger unterschreiben. Dann kann es zum Volksentscheid (3. Phase) kommen, in dem per Wahl 2/3 der Abstimmenden für die Streichung der Schuldenbremse stimmen müssen.

Wer kann unterschreiben?

Jede:r kann prinzipiell unterschreiben. Gezählt werden können jedoch leider nur die Unterschriften von in Hamburg wahlberechtigten Personen, also allen, die über 16 Jahre alt und deutscher Staatsangehörigkeit sind und ihre Meldeanschrift seit mindestens 3 Monaten in Hamburg haben.

Unterstützen / Mitmachen!

Wer uns unterstützen möchte, ist dazu sehr herzlich eingeladen. Zum selber Sammeln gibt es die offizielle Unterschriftenliste zum Ausdrucken, den Gesetzentwurf und den Begründungstext unter schluss-mit-austeritaet.de zu finden. Ausgefüllte Listen können bis spätestens zum 23.10.2019 per Post an folgende Adresse geschickt werden: Elias Gläsner, Svenja Horn c/o Fachschaftsrat Sozialökonomie, Von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg.

Eine Liste der Orte, an denen unterschrieben werden kann, geplante Aktionen, weiteres Kampagnenmaterial sowie Hintergrundinformationen, Publikationen, Videos und weitere Erläuterungen sind ebenfalls auf unserer Website abrufbar.

Übersicht der Anträge des Register des Verwaltungen von 2019
Für die Initiative der Bürgerinnen und Bürger zur
Volksinitiative Nummer 24

VOLKSRECHT
**SCHULDENBREMSSE
STREICHEN!**

Volksinitiative für ein Hamburger Gesetz zur
**STREICHUNG DER SCHULDENBREMSSE aus der
Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg**

Erläuterung → Ich unterstütze die Volksinitiative für ein Hamburger Gesetz zur Streichung der Schuldenbremse aus der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg
→ Mit der Gegenstimme gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen

| I.d.R. No. | Name, Vorname Bitte leserlich aufschreiben! | Geburtsjahr | Straße, Hausnummer (Hauptverkehrsstrasse Hamburg) | PLZ | Tag der Unterschrift | Unterschrift | Anstufung Vermerk |
|------------|--|-------------|--|-----|-------------------------|--------------|----------------------|
| 1 | | | | 2 | 19 | | |
| 2 | | | | 2 | 19 | | |
| 3 | | | | 2 | 19 | | |
| 4 | | | | 2 | 19 | | |
| 5 | | | | 2 | 19 | | |

Diese Liste von Unterschriften für einen www.schluss-mit-austeritaet.de heruntergeladen und auszudrucken. Bitte senden Sie diese Unterschriften umgehend (als Original per Post bis spätestens 23.10.2019) an: Elias Gläsner, Svenja Horn c/o FSR Sozialökonomie, Von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg.

HINWEISE: → Nach § 4 Absatz 2 des Volksentscheidungsgesetzes (VVG) darf unterschrieben, vor der Einreichung der Unterschriften zur Bürgerhaushaltsverwaltung zu. Die Eintragung ist wirksam, wenn die Vor- und Nachnamen, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift vollständig und lesbar eingetragen sind. Eine fehlende oder unrichtige Angabe eines der Angaben ist die Eintragung nicht möglich, wenn die Angaben für die Prüfung der Liste anhand der Melderegister eindeutig festgelegt werden kann. Unterschriftenberechtigt ist die in Melderegister eine Anmeldeanschrift nach § 11 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist. Einmal mit auch über Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriften eingetragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auslandsregistratur vorliegt. → Der Druck wird ausschließlich zur Förderung der Zwecksetzung der Volksinitiative verwendet und nicht für andere Zwecke. Für mehr Informationen, bitte wenden!

Vereine, Verbände und andere Organisationen, die uns unterstützen möchten, sind herzlich eingeladen, mit uns Kontakt aufzunehmen. Auch wer selbst Unterschriften sammeln möchte oder Fragen hat, kann uns gern per Mail kontaktieren: kontakt@schluss-mit-austeritaet.de. Wir freuen uns über alle Mittuenden!

Für eine dauerhafte soziale Wohlfühlentwicklung, für eine menschenwürdige Zukunft, jetzt!

www.schluss-mit-austeritaet.de



Aktion zum Start der Volksinitiative auf der Demonstration zum 1. Mai 2019 in Hamburg

Investitionen für das Allgemeinwohl statt Sozialabbau – Warum Schuldenbremse und Austeritätspolitik überwunden gehören

Wir dokumentieren hier eine Erklärung des Arbeitskreises Kritische Soziale Arbeit (AKS) Hamburg aus dem Oktober 2018 zur Unterstützung der Kampagne „International solidarisch: Schluss mit Austerität“.

Ob auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene: Auf nahezu alle Forderungen nach Investitionen in eine verbesserte Ausstattung von Bildungs-, sozialen oder kulturellen Einrichtungen kommt von Seiten der Verantwortlichen seit geraumer Zeit die Antwort, es sei kein Geld da und man müsse die Schuldenbremse einhalten. So wurde 2012 eine Kürzung des jährlichen Etats der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) um 3,5 Millionen Euro vom Hamburger Sozialsenator mit Verweis auf das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts vorgenommen. Aber nicht nur der Bereich der OKJA unterlag in den letzten Jahren in Hamburg einer kontinuierlichen Kürzung: 0,88% waren als Maximum an Budgetsteigerung allen Bereichen verordnet – bei derzeit 2% Inflation sowie Tarifsteigerungen real eine verschärfte Unterfinanzierung.

Auch wenn im aktuellen Haushaltsentwurf Mehrausgaben vorgesehen sind, ändern weder rot-grüner Hamburger Senat noch Bundesregierung ihre Unterwerfung unter das selbstauferlegte Ziel der Haushaltskonsolidierung bzw. der Schuldenbremse, die 2009 ins Grundgesetz und 2012 in die Hamburgische Verfassung aufgenommen wurde. Doch diese Austeritätspolitik ist nachhaltig schädlich und gehört überwunden.

Austerität als politisches Projekt im Interesse der Wenigen

Austerität (griech. = Herbheit, Strenge) ist mit Wiegand et al. (2016) als ein (klassen-)politisches Projekt von oben zu verstehen, mit dem durch staatliches Kürzen Macht und Reichtum von unten nach oben verlagert werden. Mit Austeritätspolitik wird darauf gezielt, das Ideal des ausgeglichenen Staatshaushaltes über Ausgabenkürzungen (Sozialleistungen, öffentliche Beschäftigung) statt etwa über (Vermögens- und Spitzen-)Steuern zu verfolgen.⁸

⁸ Eine auf Austerität gerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik wurde bereits in den 1920er und 30er Jahren in Deutschland (Brüning) und Großbritannien verfolgt. Inwiefern die Austeritätspolitik zum Aufstieg der NSDAP beigetragen hat, haben jüngst Gregori Galofré-Vilà, Christopher M. Meissner, Martin McKee und David Stuckler in ihrer Studie „Austerity and the rise of the Nazi party“ dargelegt (2017, online:

Es wird ein „schlanker Staat“ beschworen und die Privatisierung von öffentlichen Diensten sowie der Rückbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und die Abwicklung von Arbeitsmarktregulierungen (Agenda 2010) betrieben. Dies alles geht mit einem Abbau demokratischer Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung des Gemeinwesens und einer Prekarisierung der Lohnarbeit einher.

Die schädlichen Auswirkungen des Ausverkaufs im Bereich der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sind bekannt: Orientierung am Profit statt an den Menschen. Was etwa die Privatisierung städtischen Eigentums an Immobilien für die Grundlagen Sozialer Arbeit bedeutet, zeigte sich vor kurzem exemplarisch bei der Auseinandersetzung um die Kündigung der Räume des KIDS im privatisierten „Bieberhaus“ am Hamburger Hauptbahnhof.

Eine zunehmende Austeritätspolitik wurde in der BRD seit Mitte der 1970er Jahre durchgesetzt: beginnend mit dem Haushaltsstrukturgesetz von 1975, der „geistig-moralischen Wende“ unter dem Kabinett Kohl ab 1982, dem „Haushaltssicherungskonzept“ für Kommunen, dem Maastricht-Vertrag 1992, der Einführung des „Neuen Steuerungs-Modells“, dem Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm von 1993 (Kürzungen bei Arbeitslosenleistungen und Sozialhilfe in Höhe mehrerer Mrd. DM) bzw. dem Stabilitäts- und Wachstumspakt 1997 – für den „Standort Deutschland“. Die Kabinette von Schröder und Merkel verstärkten mit ihrer Politik der massiven Steuersenkungen die strukturelle Unterfinanzierung des Staates, die in der Wirtschaftskrise von 2008 ff. durch milliardenschwere Rettungspakete für vermeintlich systemrelevante Finanzinstitute noch verschärft wurde. Zur selben Zeit wurden – nicht ohne Widerspruch⁹

www.anderson.ucla.edu/Documents/areas/fac/gem/nazi_austerity.pdf.

⁹ So veröffentlichten 2009 insg. 64 Wissenschaftler*innen und mehr als 150 weitere Unterzeichner*innen den Appell „Die Schuldenbremse gefährdet die gesamtwirtschaftliche Stabilität und die Zukunft unserer Kinder“: www.boeckler.de/pdf/imk_appell_schuldenbremse.pdf

– durch die Einfügung der Regelungen zur Schuldenbremse ins Grundgesetz sowie den Fiskalpakt auf Ebene der EU (2012) rechtliche Regelungen eingeführt, die das Ziel ausgeglichener Staatshaushalte festschreiben und so die Spielräume für eine allgemeinwohlorientierte Ausgabenpolitik noch weiter einschränken.

Verschränkt mit diesen ökonomischen Entwicklungen, die auf einen Abbau des Wohlfahrtsstaates bzw. auf seinen Umbau ziel(t)en, ist die Verbreitung der neoliberalen Ideologie des Marktes, der Eigenverantwortung und Entsolidarisierung, die sich vielfach in das Bewusstsein der Menschen eingeschrieben haben (vgl. Schreiner 2018). Mit der „geistig-moralischen Wende“ wurde auch eine Verzichts- und Bescheidenheitsideologie verbreitet, die mit der Parole „‘wir‘ hätten über unsere Verhältnisse gelebt“¹⁰ und daher seien jetzt massive Einschnitte in die öffentlichen Leistungen für die Allgemeinheit alternativlos, nochmal verstärkt wurde.

Die materiellen Auswirkungen dieser Politik in den Ländern, denen sie besonders vehement auferlegt wurde, sind bekannt: Durch das Zurückdrängen der Wohlfahrtsstaaten in europäischen Ländern sind Massenarbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit auf einem Stand, der als längst überwunden gegolten hatte: In Spanien, Griechenland und Italien sind um die 40 Prozent aller Jugendlichen unter 25 Jahren arbeitslos (vgl. Kaphegyi 2017: 8). Auch in den Selbstmord- und Kindersterblichkeitsraten Grie-

chenlands sowie wachsender (Kinder-) Armut hierzulande zeigen sich die Auswirkungen der Austeritätspolitik.

Dies hat auch für das Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit durchschlagende Wirkung: sowohl direkt, durch die schlechtere Finanzierung der sozialen Infrastruktur und ihrer Tätigkeitsbereiche, als auch indirekt: Die Austeritätspolitik behindert massiv die Verwirklichung der Ziele von Sozialer Arbeit, wie etwa die Realisierung der Menschenrechte und sozialer Gerechtigkeit.

Daher stellen wir uns der neoliberalen Ideologie, dass alles, was der Markt zustande bringt als gerecht zu betrachten sei, entgegen. Wir setzen uns für eine Überwindung der Profitorientierung und Entdemokratisierung und für neue Formen der demokratischen Kontrolle und Verfügung über die soziale Infrastruktur ein: Sozialgenossenschaften statt GmbHs, Stadtteilkonferenzen statt Aktionärsversammlungen.

Wir streiten für die auskömmliche Finanzierung von Bildung, Kultur und anderen Einrichtungen der Sozialen Infrastruktur wie etwa Stadtteilzentren und unterstützen die Bündnisse, die Widerstand gegen die Profitlogik organisieren, wie etwa das „Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“ (<http://pfliegenotstand-hamburg.de/>) und vor diesem Hintergrund auch das „Manifest gegen Austerität“¹¹. [...]

Literatur:

Tobias Kaphegyi (2017): Bildungsfinanzierung. Weiter denken: Wachstum, Inklusion und Demokratie. Studie im Auftrag der GEW. Online: www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung_weiter_denken/2017-01_BiFi_Demokratie_Kaphegyi_BildungWeiterDenken-web.pdf

Patrick Schreiner (2018): Unterwerfung als Freiheit: Leben im Neoliberalismus. Papyrossa

Felix Wiegand / Tino Petzold / Bernd Belina (2016): „Austerität: ein politisches Projekt. Zu Logik, Geschichte, Geographie und politischen Perspektiven“. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen et al. (Hg.): Regionalkonferenz Kommunale Kürzungspolitik in der Region Frankfurt/Rhein-Main. Tagungsdokumentation, Frankfurt, S. 16-21, Online: www.hessen.rosalux.de/fileadmin/ls_he/dokumente/Regionalkonferenz_Kaputtsparen.pdf

Quelle: https://akshamburg.files.wordpress.com/2018/10/antiausteritc3a4t-artikel_aks_fin_18-10-2018.pdf

¹⁰ So etwa der ehemalige Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Wolfgang Clement (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) 2009.

¹¹ Online bisher auf Deutsch, Griechisch, Englisch und Portugiesisch zu finden unter www.schluss-mit-austeritaet.de.

Zur Reform der Orientierungseinheit

Die Orientierungseinheit (OE) ist als Veranstaltung von Studierenden für Studierende dafür da, den Studienbeginn gemeinschaftlich und demokratisch zu gestalten, die Uni mit all ihren Möglichkeiten der Mitgestaltung und ihrer Aufgabe der gesellschaftlichen Verantwortung kennenzulernen – als eine demokratische Institution, die von den (politischen) Aktivitäten ihrer Mitglieder lebt. Außerdem soll die OE den Studienanfänger*innen die Möglichkeit geben, über den Zeitraum von einer Woche, einen Einblick in die Strukturen der Universität zu erhalten und Menschen sowie Räume kennen zu lernen. Um das möglich zu machen, gibt es eine Gruppe von Tutor*innen, die diese Oktoberwoche planen, vorbereiten und durchführen.

Im letzten Wintersemester ist ein Reformprozess gestartet, um die OE stärker in den Zusammenhang zur Studienreform zu bringen und überholte Strukturen zu überdenken.

Zu Beginn des Jahres hat die diesjährige Orga-Gruppe alle Mitglieder der Fakultät zu einem OE-Komitee eingeladen, um die Kritikpunkte herauszuarbeiten und alternative Lösungen zu finden. Bei einem ersten Treffen Ende Januar gab es einen Austausch und die Kritikpunkte wurden unter folgenden fünf Stichworten zusammengefasst:

- Partizipation und Demokratie innerhalb der OE
- Die Möglichkeitenbörse
- Strukturen der Selbstverwaltung
- Kritik der Lehrenden → Außenrepräsentation
- Die Studieneingangsphase

Daraufhin wurde in den kommenden Sitzungen jeweils eines der aufgeführten Themen besprochen, diskutiert und ein Änderungsvorschlag ausgearbeitet. Die Sitzungen waren unterschiedlich gut besucht. Leider gab es von Seiten der Lehrenden nur wenig Beteiligung. Dennoch sind fünf Vorschläge ausgearbeitet worden, die nun an die Tutor*innen getragen und von ihnen abgestimmt werden.

Ein Beispiel für eine der Änderungen - Die Kritik an der Möglichkeitenbörse:

Die Möglichkeitenbörse sollte den Studienanfänger*innen die verschiedenen Akteure, Assoziationen und Beteiligungsmöglichkeiten an der Uni Hamburg aufzeigen. Von Schreibwerkstatt, über Unisport bis zu den Fachschaftsräten waren an unterschiedlichen Ständen viele Hochschulgruppen vertreten und die Studienanfänger*innen konnten, wie bei einer Messe umherlaufen, sich Bleistifte, Gummibärchen und

Flyer mitnehmen und nebenbei auch noch Fragen stellen. Dieser „Veranstaltungspunkt“ war jedoch nur wenig besucht, verursachte in der Vorbereitung einen sehr großen Organisationsaufwand und brachte für die Studienanfänger*innen wenig Nutzen. Außerdem trägt diese Form eines „Marktes“ dazu bei, dass alle Angebote nebeneinanderstehen und nur wer am Lautesten schreit oder in diesem Fall, wer das

coolste Merchandise hat, bekommt die „Kunden“. Dabei sollte diese Veranstaltung ja auch dazu dienen, dass die Studierenden wichtige Anlaufstellen kennenlernen, wie zum Beispiel den FSR als die studentische Interessensvertretung. Von allen Seiten demnach nicht gerade ein Erfolgserlebnis.

Jetzt gibt es durch das OE-Komitee eine Neuerung: Es wird in der diesjährigen Orientierungseinheit keine Möglichkeitenbörse mehr geben, sondern einen Workshop-Tag. An diesem Tag werden verschiedene Hochschulgruppen, Lehrende und Tutor*innen, Workshops zu unterschiedlichen Themen anbieten können. Die Studienanfänger*innen haben so die Möglichkeit sich ihre Präferenzen selbst zu wählen, die entsprechenden Workshops zu besuchen und dort mit etwas Zeit auch wirklich in die Thematik einzudringen, Fragen zu stellen, Ansprechpartner und andere Interessierte kennenzulernen.

Es besteht also ab jetzt die Möglichkeit inhaltlich in den unterschiedlichen Workshops zu arbeiten, sich auszutauschen und in einen Diskurs untereinander zu treten – kurz: Universität demokratisch mitzugestalten. Wir finden das Konzept sehr vielversprechend und sind gespannt auf diese und alle weiteren Veränderungen im diesjährigen OE-Zyklus und werden im nächsten PI-Rat weiter berichten.



Siemens, nicht Siemens!

„Der Mensch lebt, um Gemeinschaft zu verwirklichen und sich in ihr. Er lebt deshalb für und durch die Gemeinschaft, und jede Erziehung kann nur in ihr, für und durch sie geschehen. Erziehung und Politik fallen vollständig zusammen. Es gibt außerhalb der Politik keine Erziehung, ja nicht einmal die Möglichkeit der Erziehung.“ (Anna Siemens: Die gesellschaftlichen Grundlagen der Erziehung, 1948, S.12)

„Durch die Dichtung den Kindern den Zugang in die Wirklichkeit zu öffnen [...] Darstellungen der Dinge, die heute für uns im Vordergrund stehen sollten: der Kämpfe um Recht, um Freiheit und Frieden, damit die Kinder und Jugendlichen lernen, über die Grenzen ihrer Heimat, ihres Staates, ihrer Klasse hinaus zu sehen und zu erkennen, wie sehr wir heute in Europa ja wohl auf der ganzen Erde in einer ganz entscheidenden Phase des Kampfes stehen um eine übernationale, wahrhaft soziale und wahrhaft demokratische Ordnung.“ (Anna Siemens in: Schola, Monatsschrift für Erziehung und Bildung, 1947, S. 299)

Der Hörsaal unserer Fakultät ist seit 2005 nach Anna Siemens benannt. Doch wer war Anna Siemens überhaupt und was können wir von ihr lernen?

Anna Siemens wurde am 18.1.1882 bei Hamm geboren und wuchs als Tochter eines Pfarrers auf. Wie ihr Bruder August Siemens in ihrer Biographie schreibt, entwickelte sie in ihrer Jugend über die Literatur, die sie neben der Schule las, ein ausgeprägtes Verständnis von Solidarität – insbesondere im Sinne des Parteiengreifens für die „schwächeren“ literarischen Charaktere. Im



Rahmen der für die Familie prägenden Institution Kirche spielte Wohltätigkeit auch praktisch eine Rolle – explizit politisch war die Familie allerdings nicht. Dies änderte sich insbesondere durch den Ersten Weltkrieg. Bei dessen Beginn 1914 waren die Siemsen zwar keine begeisterten „Hurratriot*innen“, meldeten sich jedoch aus Pflichtgefühl dem Staat gegenüber großteils freiwillig zu Kriegsdiensten. Allerdings durchschauten die gebildeten Geschwister Siemsen bald die Lügenpropaganda des Deutschen Reiches und standen dessen Eroberungsforderungen mit Ablehnung gegenüber. Auch aus der Kirche traten sie wegen deren nationalistisch-militaristischen Position aus. Die realen Erfahrungen

des Krieges machten Anna Siemens zur entschiedenen Pazifistin: 1917 veröffentlichte sie im pa-

zifistisch orientierten Literaturmagazin „Die weißen Blätter“ einen Aufsatz gegen Max Schelers Kriegsphilosophie und wurde als Kriegsgegnerin unter polizeiliche Überwachung gestellt. Nach dem Krieg wurde sie von den belgischen Besatzungsbehörden unter dem Verdacht, kommunistische Propaganda verbreitet zu haben, verhört.

Trotz derartiger Repressionsmaßnahmen übernahm Anna Siemens später verschiedene offizielle Ämter im Bildungsbereich. Nachdem sie 1910 das Staatsexamen als Lehr-

erin abgelegt hatte, arbeitete sie im Folgenden als Gymnasiallehrerin und war gleichzeitig politisch aktiv. So übernahm sie beispielsweise 1910 in Bremen im Kampf um bessere Gehälter für Lehrer*innen und für die Verstaatlichung von Privatschulen eine führende Rolle. Des Weiteren engagierte sie sich friedenspolitisch sowie in sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sie verschiedene Ämter in der Reform des Berufs- und allgemeinen Schulwesens sowie eine Pädagogik-Professur inne, bis sie aus politischen Gründen zuerst durch eine rechte Regierung in Thüringen ihres Amtes, später durch die NSDAP-Politik ihrer Professur enthoben wurde.

Nachdem sie von den Faschist*innen ausgebürgert worden war, ging Anna Siemsen 1933 ins schweizerische Exil. Vor und während des Zweiten Weltkrieges verfasste sie von dort aus monatliche Übersichten über Aufrüstung und Kriegsgeschehen für die sozialistische Frauenzeitschrift „Die Frau in Leben und Arbeit“. Anna Siemsen positionierte sich in ihrer Gegnerschaft zum Krieg mit deutlichen Worten gegen Kriegsgewinnler*innen ihrer Zeit. Zur Erinnerung: Das namensähnliche Industrieunternehmen *Siemens* profitierte insbesondere ab 1933 von der Aufrüstung der Wehrmacht, Luftwaffe und Marine. Siemens beutete unter anderem in den KZs Auschwitz, Buchenwald und Ravensbrück Zwangsarbeiter*innen aus – so auch in den Außenlagern Helmstedt-Beendorf und Farge des KZ Neuengamme bei Hamburg. Während des gesamten Krieges waren mindestens 80.000 Zwangsarbeiter*innen allein für die Firma Siemens verpflichtet.

Anna Siemsen reflektiert in ihren Werken, warum sich die damalige Erziehungswissenschaft dem Faschismus gegenüber als nicht ausreichend wirksam erwies. Mit ihrem sozialistischen Erziehungskonzept setzte sie sich zeitlebens für eine Erziehungswissenschaft ein, die ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnimmt. Humanität und Persönlichkeit sind dabei wesentliche Stützen Anna Siemens konzeptioneller pädagogischer Überlegungen: Eine humane Gesellschaft, also eine friedliche und gemeinsame Weltbevölkerung, aufbauend auf der Grundannahme der Wesensgleichheit aller Menschen, ist notwendige Grundlage der je spezifischen Entwicklung der Persönlichkeit.

Aufgabe der Erziehung sei die Erziehung zur Menschlichkeit, also die Bildung des sittlichen und verantwortungsbewussten Menschen im Bewusstsein gesellschaftlicher Zusammenhänge. Auf dieser Grundlage könne die gemeinsame Gestaltung des Zusammenlebens erfolgen. Da Erziehung sowohl von der Gesellschaft, in der sie stattfindet, abhängt, als auch diese Gesellschaft selbst mit bildet, ist Erziehung politisch.

Für den Menschen als soziales Wesen ist Erziehung Eingliederung in die Gesellschaft: „Worauf es ankommt, das ist, welcher Art diese Gesellschaft ist, welchen erzieherischen Einfluss sie daher ausübt [...]“. In diesem Zusammenhang setzte sich Anna Siemsen im ‚Bund entschiedener Schulreformer‘ für die strukturelle Umgestaltung des gesamten Erziehungswesens ein – beispielsweise durch die Einrichtung von Einheitschulen. Diese ermöglichen, anders als beispielsweise das in Hamburg weiterhin bestehende Zwei-Säulen-Modell, Inklusion, so dass Persönlichkeitsbildung unabhängig von Herkunft erfolgen kann.

Anna Siemsen ging grundsätzlich von der Möglichkeit der bewussten und vernünftigen Gestaltung der Gesellschaft aus. Aufgabe von Erziehung beschränkt sich daher nicht auf die Anpassung von Individuen an die bestehende Gesellschaft, sondern soll dazu befähigen, selbst zu gestalten.

Im Nachkriegsdeutschland wurde diese Chance vertan, als in einem nahezu nahtlosen Übergang auch vielfach durch die Unterstützung des Nationalsozialismus belastete Vertreter*innen der Erziehungswissenschaft übernommen wurden. Stattdessen wäre gerade nach dem Sieg der Alliierten über den Faschismus ein Neuanfang für die deutsche Nachkriegspädagogik notwendig gewesen. Es gab – wie das Beispiel Anna Siemens zeigt – Pädagog*innen, die bereit und fähig waren, daran mitzuarbeiten. Sie lehrte von 1949 bis zu ihrem Tod 1951 am Pädagogischen Institut der Universität Hamburg.

Anknüpfend an ihre humanistische Bildungskonzeption liegt es heute in unserer Verantwortung, eine Studienreform voranzutreiben, die Bedingungen für die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verantwortung der (Erziehungs-)Wissenschaft schafft. So können wir gemeinsam die gesellschaftlichen Verhältnisse verstehen, sie verändern und Erziehung und Bildung zur Menschlichkeit für uns und andere realisieren.

Liebe Kommiliton*Innen,

wir, der FSR Erziehungswissenschaft, laden euch gemeinsam mit dem FSR Lehramt herzlich zur **studentischen Vollversammlung der Erziehungswissenschaft am 27.06.2019 von 14-16 Uhr in Raum 05** ein.

Vor allem soll es um die Reform des Prüfungswesens und das Konzept der „Prüfunginseln“ gehen, aber auch um die aktuelle Lage an der Fakultät und darüber hinaus. Bringt dafür gerne die Themen mit, die Euch diesbezüglich beschäftigen.

Wir schlagen folgende Tagesordnung vor:

- Aussprache zur aktuellen Lage an der Fakultät
- Zur Reform des Prüfungswesens und der Konzeption der Prüfunginseln (Vorbereitung des Dies Academicus am 06. November 2019)
- Berichte: Volksinitiative „Schuldenbremse streichen!“, Petition „Justice for Mbobda“ u.a.

Kommt vorbei und beteiligt Euch!

Ein neuer FSR Newsletter kommt!

Wenn Euch Veranstaltungshinweise und weitere Neuigkeiten interessieren, dann schreibt eine Mail an:

fsr-erzwiss@gmx.de;

Betreff: Newsletter.

Ihr werdet dann in unseren Verteiler aufgenommen.